S 94 AS 4630/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Sozialgericht Grundsicherung für Arbeitsuchende Sachgebiet

Abteilung 4. Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft

Deskriptoren Kosten der Unterkunft und Heizung

nachträgliche Teilaufhebung

Wohngeld

sachlicher Grund

Trennung der Leistungssysteme

Leitsätze § 40 Abs. 4 Satz 2 SGB II in der bis 31. Juli

2016 geltenden Fassung war

verfassungsgemäß. SGB II a.F. § 44 Abs. 4

SGB X § 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 3

SGB X § 50 GG Art. 3 Abs.1

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 94 AS 4630/15 Datum

14.06.2017

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 AS 450/18 16.02.2022 Datum

3. Instanz

Datum

Â

Die Berufung wird zurļckgewiesen.

Â

Die Beteiligten haben einander keine auÄ ergerichtlichen Kosten zu erstatten.

Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Â

Tatbestand

Â

Die Beteiligten streiten um die Höhe der Erstattung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts fýr den Monat Januar 2014. Der Kläger begehrt eine verfassungskonforme Auslegung des <u>§ 40 Abs. 4 S. 2</u> des Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) in der ab dem 1. April 2011 bis 31. Juli 2016 gþltigen Fassung (im Weiteren: <u>§ 40 Abs. 4 S. 2 SGB II</u> a.F.).

Â

Der im Jahr 1980 geborene Kläger stand aufgrund des Bewilligungsbescheides vom 5. August 2013 in Gestalt der Ã□nderungsbescheide vom 5. November 2013, 23. November 2013 und 10. Dezember 2013 im Bezug von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II. FÃ⅓r den im Streit stehenden Monat Januar 2014 waren dem Kläger mit dem zuletzt genannten Bescheid Grundsicherungsleistungen in Höhe von 778,34 Euro, bestehend aus 391,00 Euro Regelbedarf sowie Kosten der Unterkunft und Heizung (im Folgenden: KdU) in Höhe von insgesamt 387,34 Euro (Grundmiete: 247,34 Euro + 63,00 Euro kalte Betriebskosten + 77,00 Euro Heizkosten) ohne die BerÃ⅓cksichtigung von Erwerbseinkommen bewilligt worden, da sein Beschäftigungsverhältnis gekÃ⅓ndigt und Arbeitslosengeld I zu diesem Zeitpunkt noch nicht bewilligt worden war.

Â

Am 14. Januar 2014 ging auf dem Konto des Klägers Arbeitslosengeld I fþr den Zeitraum vom 19. November 2013 bis 31. Dezember 2013 in Höhe von 449,40 Euro ein. Am 31. Januar 2014 erfolgte der Zufluss von Arbeitslosengeld I in Höhe von 321,00 Euro fþr den Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis 31. Januar 2014. Zudem erhielt der Kläger am 29. Januar 2014 eine Gutschrift des Energieversorgungsunternehmens GASAG in Höhe von 74,73 Euro.

Â

Nach vorheriger Anhörung hob der Beklagte die vorgenannten Bewilligungsbescheide fýr den Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis 31. Januar 2014 in Höhe von 391,00 Euro Regelleistung und 349,40 Euro KdU, gestýtzt auf § 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X), mit dem Bescheid vom 11. November 2014 teilweise auf und forderte die Erstattung des sich hieraus ergebenden Gesamtbetrages von 740,40 Euro. Mit Schriftsatz seines

Prozessbevollmächtigten vom 28. November 2014 hat der Kläger gegen die vorgenannte Entscheidung Widerspruch erhoben. Zur Begrýndung fþhrte dieser aus, dass die Regelung des § 40 Abs. 4 SGB II zugunsten des Klägers zur Anwendung gelangen mÃ⅓sse, da dieser andernfalls in unzulässiger Weise benachteiligt werde. Danach seien abweichend von § 50 SGB X 56 Prozent des bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes berÃ⅓cksichtigten Bedarfs fÃ⅓r Unterkunft nicht zu erstatten. Mit Widerspruchsbescheid vom 3. Februar 2015 wies der Beklagte unter näherer Erläuterung des RÃ⅓ckforderungsbetrages den Widerspruch als unbegrÃ⅓ndet zurÃ⅓ck. Zur BegrÃ⅓ndung fÃ⅓hrte der Beklagte aus, dass die Norm des § 40 Abs. 4 SGB II nicht zur Anwendung komme, da die Bewilligungsentscheidung lediglich teilweise aufgehoben worden sei.

Â

Am 4. März 2015 hat der Kläger gegen die vorgenannte Entscheidung des Beklagten Klage erhoben. Diese hat der Prozessbevollmächtigte des Klägers ergänzend dahingehend begründet, dass nicht nachvollziehbar sei, welches Einkommen angerechnet werde. Zudem sei seitens des Beklagten nicht ermittelt worden, wann dieses zugeflossen sei. Der Bescheid sei daher schon nicht ausreichend begründet.

Â

Im Verhandlungstermin vom 14. Juni 2017 hat der Beklagte anerkannt, dass die Forderung von 740,40 Euro auf 680,40 Euro reduziert wird. Der Kläger hat dieses Teilanerkenntnis nicht angenommen, da er anderer Rechtsauffassung bezýglich der Gesamtberechnung sei. Er halte es für möglich, dass der Beklagte unter Berücksichtigung des GASAG-Guthabens zu einer Gesamtaufhebung kommen und dann die Regelung des §Â§ 40 Abs. 4 SGB II a.F. anwenden mÃ⅓sse. Diese Regelung mÃ⅓sse der Beklagte aber ohnehin auch in Fällen der teilweisen Aufhebung berÃ⅓cksichtigen.

Â

Mit Urteil vom 14. Juni 2017 hat das Sozialgericht den Bescheid vom 11. November 2011 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. Februar 2015 insoweit aufgehoben, als der Aufhebungs- und Erstattungsbetrag 680,40 Euro Ã⅓bersteigt. Im Ã∏brigen hat es die Klage abgewiesen. Zur BegrÃ⅓ndung der Teilaufhebung hat es ausgefÃ⅓hrt, dass der Beklagte zunächst zu Unrecht die Nachzahlung des Arbeitslosengelds I als einmalige Einnahme berÃ⅓cksichtigt habe, dann jedoch dieses Einkommen im gerichtlichen Verfahren zu Recht als laufende Einnahme mit der Folge der BerÃ⅓cksichtigung der Freibeträge entsprechend den Nachzahlungsmonaten eingestuft habe. Mithin seien lediglich 680,40 Euro als Einkommen auf den Bedarf des Klägers anzurechnen. Somit verbleibe diesem ein ungedeckter Bedarf in Höhe von 97,94 Euro, welcher selbst unter BerÃ⅓cksichtigung des GASAGâ∏Guthabens nicht zu einer Gesamtaufhebung der Leistungen fÃ⅓hren wÃ⅓rde.

Â

Mit Beschluss vom 9. März 2018 hat das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg auf die Nichtzulassungsbeschwerde des Klägers vom 18. August 2017 (Bl. 118 GA) die Berufung zugelassen (Blatt 150 GA).

Â

Der ProzessbevollmĤchtigte des KlĤgers hat die Berufung ergĤnzend dahingehend begründet, dass die Norm des § 40 Abs. 4 S. 1 SGB II nach ihrem Wortlaut keine Anwendung finde. Im Fall einer vollen Aufhebung hätte der Kläger jedoch nur 56 % der für die Unterkunft berücksichtigten Bedarfe, also 247,34 Euro, zu erstatten. Mithin wäre ein Betrag von 138,51 Euro nicht zu erstatten. Im Ergebnis sei der Kläger also im Vergleich zur Rückzahlung eines um 100,57 Euro höheren Betrages verpflichtet. Hätte er ein so hohes Einkommen erzielt, dass die Bescheide in vollem Umfang aufgehoben worden wären, müsste er weniger zurþckzahlen. Ein verfassungsrechtlich legitimer Grund fþr diese Ungleichbehandlung sei nicht ersichtlich. Selbst wenn man jedoch davon ausgehe, dass eine Vereinbarkeit der Vorschrift dem Grundgesetz anzunehmen sei, dürfte der Beklagte dazu verpflichtet gewesen sein, den Kläger dahingehend zu beraten, dass er auf den restlichen Leistungsbetrag in Höhe von 37,94 Euro verzichten könne. Bei einem solchen Verzicht wþrde sich die Erstattungsforderung um 100,57 Euro vermindern.

Â

Der KlÄxger beantragt,

Â

den Bescheid des Beklagten vom 11. November 2014 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. Februar 2015 unter à nderung des Urteils des Sozialgerichts Berlin vom 14. Juni 2017 aufzuheben, soweit der Aufhebungs- und Erstattungsbetrag 213,54 Euro à 4 bersteigt.

Â
Der Beklagte beantragt,
Â
die Berufung abzuweisen.
Â
Der Beklagte verweist darauf, dass ein Verzicht auf Leistungen rýckwirkend nicht möglich sei. Es sei auch dem Beklagten klar, dass durch die Regelung des <u>§ 40 Abs. 4 SGB II</u> a.F. rechnerisch Ungleichbehandlungen entstehen können. Er sei jedoch an eine klare Regelung des Gesetzes gebunden. Er sei auch nicht befugt, Leistungen unrechtmäÃ∏ig in voller Höhe aufzuheben, damit dem Berufungskläger dadurch rein rechnerisch ein geringerer Erstattungsanspruch zusteht.
Â
Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wir auf die Gerichtsakten sowie auf die VerwaltungsvorgĤnge des Beklagten, die dem Senat vorgelegen haben und Grundlage der Entscheidung gewesen sind, Bezug genommen.
Â
Â
Â
Â
Â
Entscheidungsgründe
Â
I.
Â
Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 14. Juni 2017 ist auf Grund der Zulassung der Berufung durch den Beschluss des Landessozialgerichts vom 9. März 2018 gemäÃ∏ <u>§ 145 Abs. 5</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) zulässig. Die Klage wurde auch im Ã∏brigen in zulässiger Weise als Anfechtungsklage im Sinne des <u>§ 54 Abs.1 SGG</u> erhoben.

Â

II.

Â

Die Berufung ist nicht begründet. Das Sozialgericht hat, soweit es der Klage nicht stattgegeben hat, diese zu Recht abgewiesen. Der Bescheid des Beklagten vom 11. November 2014 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. Februar 2015 in Gestalt der Ã□nderung des Urteils des Sozialgerichts Berlin vom 14. Juni 2017 ist rechtmäÃ□ig.

Â

1.

auch bei der dem KlĤger ebenfalls im Januar 2014 zugeflossenen Nachzahlung von Arbeitslosengeld I für die Monate November 2013 und Dezember 2013 handelt es sich entsprechend der damals noch geltenden Rechtslage vor EinfA¹/₄hrung des <u>ŧ</u> 11 Abs. 3 S. 2 SGB II zum 1. August 2016 um laufendes Einkommen im Sinne des § 11 Abs. 2 SGB II, da es auf demselben Rechtsgrund, nämlich einer Leitungsbewilligung der Bundesagentur fýr Arbeit, beruht und nach diesem Rechtsgrund nicht als Einmalleistung, sondern regelmäÃ∏ig monatsweise zu erbringen gewesen wĤre (vgl. Bundessozialgericht, Urteil vom Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â A A A Pril 2015, Aktenzeichen <u>B 4 AS 32/14 R</u>, Rn 17, sämtliche Rechtsprechung zitiert nach JURIS). Dieses Einkommen war damit nach § 11 Abs. 2 S. 1 SGB II in voller Höhe im Zuflussmonat Januar 2014 zu berücksichtigen (vgl. Bundessozialgericht, Urteil vom 27. Januar 2009, Aktenzeichen B 14/7b AS 14/07, Rn 21f.). Das Sozialgericht hat ferner in Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zutreffend entschieden, dass dieses Einkommen mit Rýcksicht darauf, dass Arbeitslosengeld I für insgesamt drei Monate zufloss, um drei Versicherungspauschalen nach § 11b Abs. 1 S. 1 Nr. 3 SGB II in Verbindung mit §Â 6 Abs. 1 Nr. 1 ALG-II VO in Höhe von jeweils 30,00 Euro zu bereinigen ist, da es rechtsdogmatisch zu Lasten des Hilfebedürftigen keinen Unterschied machen kann, ob das Einkommen aus einer Sozialleistung

laufend oder wie im Fall des Klägers nachgezahlt wird (vgl. Bundessozialgericht, Urteil vom 17. Juli 2014, Aktenzeichen Â Â <u>B 14 AS 25/13</u>, Rn 11ff; Landessozialgericht Berlinâ∏Brandenburg, Urteil vom Â Â Â Â Â Â Â Â Â Î 7. September 2015, Aktenzeichen <u>L 31 AS 1571/15</u>, Rn 28ff), so dass für den Monat Januar 2014 ein anrechenbares Einkommen des Klägers von 680,40 Euro verbleibt. Da zuvor kein Einkommen auf dessen grundsicherungsrechtlichen relevanten Bedarf im Monat Januar 2014 angerechnet worden war, entspricht der Betrag von 680,40 Euro der nachträglich eingetretenen rechtswidrigen Ã∏berzahlung.Â

Â

Â

Â

2.

Auch die im Streit stehende auf $\frac{\hat{A}}{\hat{S}}$ 50 Abs. 1 SGB X gest $\tilde{A}^{1/4}$ tzte $R\tilde{A}^{1/4}$ cknahmeentscheidung des Beklagten ist nach der Ab \tilde{A} mnderung auf eine H \tilde{A} ¶he von 680,40 Euro durch das Sozialgericht nicht mehr zu beanstanden.

Â

Nach § 50 Abs. 1 SGB X sind, soweit ein Verwaltungsakt aufgehoben worden ist, bereits erbrachte Leistungen zu erstatten. § 40 Abs. 4 S. 1 SGB II a.F. sieht abweichend hiervon vor, dass 56 Prozent der bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes berýcksichtigen Bedarfe für Unterkunft nicht zu erstatten sind. Â§ 40 Abs. 4 S. 2 SGB II a.F. bestimmt, dass der Satz 1 des §Â 40 Abs. 4 SGB II a.F. in den Fällen des § 45 Abs. 2 S. 3 SGB X und § 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 und 4 SGB X sowie dann nicht gilt, wenn eine Bewilligung lediglich teilweise aufgehoben wird. Ob eine vollständige Aufhebung oder eine lediglich teilweise Aufhebung im Sinne von Â§Â 40 Abs. 4 Satz 2 SGB II vorliegt, ist anhand der Höhe der monatlich bewilligten Leistung zu beurteilen (vgl. Bundessozialgericht, Urteil vom 2. Dezember 2014, Aktenzeichen B 14 AS 56/13 R, Rn 13; Sächsisches Landessozialgericht, Urteil vom 8. Oktober 2015, Aktenzeichen L 3 AS 303/15, Rn 14ff). Da dem Kläger von der ursprÃ⅓nglich bewilligten Leistung zur Sicherung des Lebensbedarfs fÃ⅓r den Monat Januar 2014 nach dem streitgegenständlichen Aufhebungs- und Erstattungsbescheid vom 11. November

2014 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. Februar 2015 noch ein Betrag von 37,94 Euro an Kosten der Unterkunft und Heizung verbleibt, handelt es sich bei der streitgegenstĤndlichen Aufhebungsentscheidung nur um eine Teilaufhebung im Sinne des <u>§ 40 Abs. 4 S. 2</u> am Ende SGB II a.F., so dass die Regelung des <u>§ 40 Abs. 4 S. 1 SGB II</u> a.F. nicht zu Gunsten des KlĤgers zur Anwendung gelangt.

Â

Der Senat hat ferner keine Möglichkeit, die Norm des <u>§ 40 Abs. 4 S. 2 SGB II</u> a.F. teleologisch oder verfassungskonform dahingehend auszulegen oder zu reduzieren, dass der Kläger nur 44 Prozent seiner Unterkunftskosten zu erstatten hat und ihn damit so zu stellen, wie er stehen wù¼rde, wenn seine SGB IIâ∏Leistungsbewilligung wegen nachträglichem Einkommenszufluss nach <u>§ 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 SGB II</u> vollständig und nicht nur teilweise aufgehoben worden wäre mit der Folge der Anwendbarkeit des <u>§Â 40 Abs. 4 S. 1 SGB II</u> a.F. Das ist ausgeschlossen, da der Wille des Gesetzgebers, dass bei Teilaufhebungen unabhängig von ihrer Höhe die Norm des <u>§ 40 Abs. 4 S.1 SGB II</u> a.F. nicht anzuwenden ist, durch den eindeutigen Wortlaut des <u>§ 40 Abs. 4 S. 2Â SGB II</u> a.F. klar zum Ausdruck kommt.

Â

Zur Ã□berzeugung des Senats war die Regelung des <u>§ 40 Abs. 4 S. 2 SGB II</u> a.F. auch verfassungskonform. Der Gesetzgeber durfte im Rahmen der ihm zustehenden Typisierung mit <u>§ 40 Abs. 4 S. 2 SGB II</u> a.F. eine allgemeine Regelung zum Ausschluss der Reduzierung des Erstattungsbetrages der Unterkunftskosten nach <u>§ 40 Abs. 4 S. 1Â SGB II</u> a.F. erlassen, ohne gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz aus <u>Art. 3 Abs.1 Grundgesetz (GG)</u> zu verstoÃ□en.Â

Â

Der allgemeine Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs. 1 GG gebietet dem Normgeber, wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln. Er gilt für ungleiche Belastungen wie auch für ungleiche Begünstigungen. Verboten ist daher auch ein gleichheitswidriger Begünstigungsausschluss, bei dem eine Begýnstigung einem Personenkreis gewÃxhrt, einem anderen aber vorenthalten wird. Dabei ergeben sich aus dem allgemeinen Gleichheitssatz je nach Regelungsgegenstand und Differenzierungsmerkmalen unterschiedliche Grenzen, die vom blo̸en Willkürverbot bis zu einer strengen Bindung an VerhältnismäÃ∏igkeitserfordernisse reichen. Werden bei der Gewährung einer bedürftigkeitsabhängigen Sozialleistung die Empfänger anderer Sozial- oder EntschĤdigungsleistungen in unterschiedlicher Weise der Einkommensanrechnung unterworfen, so mýssen zwischen den Empfängern einer nicht als Einkommen zu berücksichtigenden Leistung und den Empfängern einer nichtprivilegierten Leistung Unterschiede von solcher Art und solchem Gewicht bestehen, dass sie die unterschiedliche Behandlung rechtfertigen (vgl. Bundessozialgericht, Urteil vom 2. Dezember 2014, a.a.O., Rn 20 unter ausführlicher Darlegung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts).

Â

Dieses zu Grunde gelegt, war die Norm des <u>§ 40 Abs. 4 S. 2 SGB II</u> a. F., welche die Reduzierung der Erstattung der Unterkunftskosten nicht nur få¼r die nach å§ 45 Abs. 2 S. 3 SGB X und § 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 und 4 SGB X ohnehin nicht schutzwürdigen Personen sondern auch für diejenigen Leistungsempfänger ausschlie̸t, gegenüber denen die Leistungsbewilligung nur teilweise aufgehoben wurde, nicht zu beanstanden. Sinn und Zweck der Norm des § 40 Abs. 4 S. 1 SGB II a. F. zur EinschrĤnkung der Erstattungspflicht bezļglich der Unterkunftskosten war es, dem nach <u>§ 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 1</u> Wohngeldgesetz in der ab dem 1. Januar 2009 geltenden Fassung (WoGG) geltenden Ausschluss von Empfängern von Arbeitslosengeld IIâ∏Leistungen von Wohngeldleistungen Rechnung zu tragen und diese so zu stellen, als hAxtten sie einen Mietzuschuss erhalten, der nach dem bis zum 31. August 2014 geltenden Wohngeldrecht nur in sehr begrenztem Umfang einer Rýckerstattung unterlag (vgl. Aubel in jurisPK-SGB II, zu <u>§ 40 SGB II</u>, 5. Auflage 2020, Werkstand 29. Juni 2021, Rn 282 m.w.N.). Den Beziehern von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld sollte ein Ausgleich dafÄ¹/₄r gewĤhrt werden, dass einerseits ihre Unterkunftskosten nachtrĤglich im System des SGB II keine Berücksichtigung mehr finden und sie andererseits wegen der ursprünglichen Bewilligung von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld für die Vergangenheit von Wohngeld trotzdem ausgeschlossen sind (vgl. Bundessozialgericht, a.a.O., Rn 13 m.w.N.). Diese Problematik kann indes nur dann entstehen, wenn eine SGB Ilâ∏Leistungsbewilligung auf Grund nachträglichen Einkommenszuflusses nach § 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 SGB X vollständig aufgehoben wird. Verbleibt indes auch nach der Einkommensanrechnung nach dem SGB II ein Restanspruch, so wird der LeistungsempfÄxnger durch die Erstattungspflicht in Höhe der Teilaufhebung nicht benachteiligt, da er SGB II-Leistungen in der Höhe erhält, die ihm zugestanden hätten, wenn er sogleich Leistungen in der richtigen Höhe erhalten hätte und er andererseits weiterhin von Leistungen nach dem Wohngeldgesetz ausgeschlossen wĤre (vgl. Bundessozialgericht, a.a.O., Rn 14f.).

Â

Dennoch wird die Norm des § 40 Abs. 4 S. 2 SGB II a.F. in Bezug auf die Pflicht zur vollstĤndigen Erstattung der ýberzahlten Unterkunftskosten bei Teilaufhebungen als verfassungsrechtlich bedenklich eingestuft. Es wird argumentiert, dass, wer im groà en Maà stab zu viel erhalten habe und gar keinen Leistungsanspruch nach dem SGB II mehr habe, besser gestellt werde, als eine Person, die vergleichsweise weniger zu viel erhalten habe und bei der deshalb ein Restanspruch nach dem SGB II verbleibe. Dieses erscheine willkürlich und verstoà gegen Art. 3 GG (vgl. Conradis in Münder, Kommentar zum SGB II, 5. Auflage 2013, Rn 31). Das Bundessozialgericht hat es in seinem Urteil vom 2. Dezember 2014 mit Ausnahme der Frage der vollen Erstattungspflicht im Fall vom Betriebskostenguthaben, bei welchen es keinen Verstoà gegen Art. 3 Abs.1 GG sah, offen gelassen, ob es diesen Einwänden folgt (vgl. Bundessozialgericht, a.a.O., Rn 21).

Â

Der Senat schlieÃ⊓t sich diesen Einwänden nicht an, da er die Norm des § 40 Abs. 4 S. 2 SGB II a.F. für verfassungskonform erachtet. Die vom Bundesgesetzgeber vorgenommene Differenzierung nach <u>§ 40 Abs. 4 S. 1</u> und 2 SGB II a.F. ist nicht willkļrlich, denn sie beruht auf einem sachlichen Grund. Der Gesetzgeber verfolgt mit § 40 Abs. 4 S. 1 und 2 SGB II a.F. das legitime Ziel, die Sozialleistungssysteme nach dem SGBÂ II und dem WoGG voneinander abzugrenzen und Doppelleistungen zu vermeiden (vgl. Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 14. Oktober 1997, Aktenzeichen 1 BvL 5/93, Rn 46 zum Ausschluss von Wohngeldleistungen få¼r Bafå¶G-Empfå¤nger mit Volldarlehen). Auch in anderen FĤllen, in denen Sozialleistungen zur Deckung von Unterkunftskosten gewÄxhrt werden, erfolgt, wie das Beispiel von <u>§ 20 WoGG</u> zeigt, eine Trennung der Sozialleistungssysteme durch den Ausschluss vom Wohngeld. Die Leistungsberechtigten nach dem SGBÂ II stehen selbst bei einem Restanspruch auf SGB II insgesamt auch nicht unbedingt schlechter als Wohngeldberechtigte ohne SGB II-Leistungsanspruch. Der SGB IIâ∏Leistungsanspruch berücksichtigt die vollen angemessenen Unterkunftskosten als Zuschuss, Â wohingegen Wohngeld stets nur einen Teil der â∏kaltenâ∏ Aufwendungen für die Unterkunft deckt. Auch geht der SGB IIâ∏Leistungsbezug mit weiteren Vorteilen wie dem Pflichtversicherungstatbestand des § 5 Abs. 1 Nr. 2a SGB Fünftes Buch Sozialgesetzbuch und der Befreiung von RundfunkbeitrĤgen einher, welche Wohngeldempfänger nicht genieÃ∏en. In jedem Fall ist es wegen der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers bei grundlegenden Systementscheidungen auf dem Gebiet der sozialen Sicherung und seiner Befugnis, bei der Ordnung von Massenerscheinungen, wie sie hier vorliegen, typisierende Regelungen zu treffen, auch unter BerÃ1/4cksichtigung des allgemeinen Gleichheitsgebots des Art. 3 Abs. 1 GG nicht verfassungsrechtlich geboten, Leistungsberechtigte nach dem SGBÂ II in jeder Hinsicht Wohngeldbeziehern gleichzustellen. Ein Gebot, einen EmpfĤnger von Arbeitslosengeld II, dessen Leistungen rýckwirkend aufgehoben werden, immer mindestens so zu stellen, als hÃxtte er wie ein SozialhilfeempfÃxnger nach früherem Recht grundsÃxtzlich nicht rückforderbares Wohngeld erhalten, lÃxsst sich der Verfassung nicht entnehmen. Denn auch vor dem Hintergrund des Art. 3 Abs.1 GG ist es nicht notwendig, dass der Gesetzgeber fA¼r jeden Einzelfall eine Sonderregelung trifft, um Ungleichbehandlungen zu vermeiden. Dabei sind die durch § 40 Abs. 4 S. 2 SGB II a.F. zu befürchtenden Ungleichbehandlungen mit Rücksicht darauf, dass Leistungsempfänger nach <u>§ 60 Abs. 1 S. 1 Nr. 2</u> Erstes Buch Sozialgesetzbuch bei erheblichen ̸nderungen der Tatsachenlage und damit insbesondere auch bei nachtrĤglichem Zufluss von Einkommen nach § 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 SGB X verpflichtet sind, diese gegenüber der Behörde unverzüglich anzuzeigen, um Ã∏berzahlungen zu vermeiden, zeitlich im Regelfall auf einen Monat begrenzt. Die Norm des <u>§ 40 Abs. 4 S. 2 SGB II</u> a. F. führt ferner nur dann zu einer Ungleichbehandlung, wenn der betroffene LeistungsempfĤnger nachtrÄxglich Einkommen erzielt hat, welches unter Berļcksichtigung der Freibeträge nach § 11b SGB II ausreichend war, um seinen Regelbedarf und gegebenenfalls auch noch den Regelbedarf der weiteren Mitglieder seiner Bedarfsgemeinschaft sowie 44 Prozent seiner Unterkunftskosten zu decken, was nur bei einem kleinen Anteil der LeistungsempfĤnger nach dem SGB II überhaupt der Fall ist (vgl. Landessozialgericht Berlinâ∏Brandenburg, Beschluss vom 8. April 2011, Aktenzeichen L 5 AS 2149/10 B PKH, Rn 13, unter Berufung auf die Statistik

der Bundesagentur für Arbeit). Schlieà lich ist zu beachten, dass dem betroffenen Leistungsempfänger Leistungen in Höhe des SGB IIâ lillebedarfs in jedem Fall verbleiben. Die durch § 40 Abs. 4 S. 2 SGB II a.F. hervorgerufenen Ungleichheiten und die damit einhergehenden â moderaten â Hà arten stellen daher einen Ausnahmefall dar, der zur Schaffung von einfach anwendbaren Normen, aus Gründen der Verwaltungspraktikabilität und zur Vermeidung des parallelen Bezugs von SGB II und Wohngeld und damit einhergehend der Befassung zweier Behörden im Rahmen einer allgemeinen gesetzlichen Regelung noch hinnehmbar ist (vgl. Landessozialgericht Berlinâ Brandenburg, Beschluss vom 8. April 2011, Aktenzeichen L 5 AS 2149/10 B PKH, Rn 11ff; Sächsisches Landessozialgericht, Urteil vom 21. Februar 2011, Aktenzeichen L 7 AS 724/09, Rn 28ff; Aubel in juris PK-SGB II, 4. Auflage 2015, zu § 40 SGB II, Rn 149 m.w.N.; Eicher / Greiser in Eicher, Kommentar zum SGB II, 3. Auflage 2013, zu § 40 SGB II).

Â

Â

3.

Die Kostengrundentscheidung beruht auf $\frac{\hat{A}\S}{193}$ SGG und folgt dem Ausgang der Hauptsache. Der Beklagte war unter Einbeziehung des Unterliegens in der ersten Instanz nur geringf \tilde{A}^{1} /4gig unterlegen, so dass er in entsprechender Anwendung des $\frac{\hat{A}\S\hat{A}}{92\hat{A}}$ Abs. 2 Nr. 1 Zivilprozessordnung keine Kosten zu erstatten hat.

Â

4.

Die Revision wird nicht zugelassen. GrÃ $\frac{1}{4}$ nde fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision nach $\frac{1}{4}$ S $\frac{1}{4}$ 160 $\frac{1}{4}$ Abs. 2 SGG liegen nicht vor. Insbesondere kommt der Rechtsfrage der VerfassungskonformitÃ x t des $\frac{1}{4}$ 540 Abs. 4 S. 2 SGB II x 6 a.F. keine grunds x 84 zliche Bedeutung im Sinne des $\frac{1}{4}$ 55 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG mehr zu.

Â

Eine grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache im Sinne des § 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG ist gegeben, wenn zu erwarten ist, dass die Revisionsentscheidung die Rechtseinheit in ihrem Bestand erhalten oder die Weiterentwicklung des Rechts fördern wird. Daher ist aufzuzeigen, ob und inwieweit zu der aufgeworfenen Frage bereits Rechtsgrundsätze herausgearbeitet sind und in welchem Rahmen noch eine weitere Ausgestaltung, Erweiterung oder Ã□nderung derselben durch das Revisionsgericht zur Entscheidung des vorliegenden Rechtsstreits erforderlich erscheint. Es ist aufzuzeigen, dass die Klärung der Rechtsfrage im allgemeinen Interesse erforderlich (Klärungsbedürftigkeit) und die Klärung durch das Revisionsgericht zu erwarten (Klärungsfähigkeit) ist (vgl. Bundessozialgericht, Beschluss vom 21. Juni 2016, Aktenzeichen B 14 AS 1/16 B, Rn 2 m.w.N.). Bei Rechtsfragen zu bereits auÃ∏er Kraft getretenem Recht muss für eine

grundsÃxtzliche Bedeutung entweder noch eine erhebliche Zahl von FÃxllen auf der Grundlage des ausgelaufenen Rechts zu entscheiden sein, oder die Ã \square berprÃ 1 4fung der Rechtsnorm beziehungsweise ihrer Auslegung muss aus anderen GrÃ 1 4nden fortwirkende allgemeine Bedeutung haben. Eine Fortwirkung kann insbesondere dann vorliegen, wenn an die Stelle der bisherigen Regelung eine inhaltsgleiche getreten ist oder sogar die bisherige Regelung im Wortlaut beibehalten und nur formal neu geschaffen wurde (vgl. Bundessozialgericht, Beschluss vom 19. Juli 2012, Aktenzeichen <u>B 1 KR 65/11 B</u>, Rn 10).

Diese Voraussetzungen liegen für die Norm des <u>§ 40 Abs. 4 S. 2 SGB II</u> a.F. nicht mehr vor. Zwar hatte das Bundessozialgericht in seinem Urteil vom 2. Dezember 2014 zu der wortgleichen VorgÄxngernorm des § 40 Abs. 2 S. 2 SGB II in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung noch angedeutet, dass wegen der verfassungsrechtlichen EinwĤnde in der Literatur gegen die vorgenannte Norm grundsÃxtzliche Bedeutung im Hinblick auf die VerfassungskonformitÃxt des § 40 Abs. 4 S. 2 SGB II a. F. für andere Fälle wie beispielsweise bei der teilweisen nachtrĤglichen Aufhebung der Bewilligungsentscheidung bestehen kĶnnte (vgl. Bundessozialgericht, Urteil vom 2. Dezember 2014, a.a.O., Rn 21). Diese grundsÄxtzliche Bedeutung ist jedoch inzwischen weggefallen. Der Gesetzgeber hat die Norm des <u>§ 40 Abs. 4</u>Â SGB II a.F. mit Wirkung zum 1. August 2016 noch wortgleich unter der Norm des § 40 Abs. 9 SGB II a.F. fortgeführt. Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurde die Norm ersatzlos gestrichen. Nach <u>§ 8 Abs. 1 S. 3 Nr.</u> 3 WoGG in der ab dem 1. Januar 2016 geltenden Fassung gilt der Ausschluss von Wohngeld für den Zeitraum als nicht erfolgt, für den der Bewilligungsbescheid über Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld zurückgenommen oder aufgehoben wird. Damit war die Regelung des <u>§ 40 Abs. 4 SGB II</u> a.F. entbehrlich geworden.

Â

Eine Vielzahl offener Verfahren zu der vorgenannten Rechtsfrage gibt es ebenfalls nicht. Das ist bereits daraus zu schlie \tilde{A} \parallel en, dass die Norm des \hat{A} \S 40 Abs. 4 S. 2 SGBÅ II / \hat{A} \S 40 Abs. 9 SGB II a.F. bereits vor f \tilde{A} 1 4nf Jahren ersatzlos gestrichen wurde. Einschl \tilde{A} 1 gige Rechtsprechung zu der Norm des \hat{A} \S 40 Abs. 4 S. 2 SGB II a.F. l \tilde{A} 1 sst sich trotz mehrj \tilde{A} 1 hriger G \tilde{A} 1 4ltigkeitsdauer und des weiteren vorgenannten Zeitablaufs in den letzten Jahren nicht ermitteln, was darauf hindeutet, dass es diesbez \tilde{A} 1 4glich nur wenige noch offene Rechtsstreite gibt. \hat{A} \hat{A}

Â

Erstellt am: 23.05.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024